

Fritz Grabbe

Rechtsanwalt
HAMBURG 1
Bergstrasse 14 II
Telefon: 32 47 24

Beglaubigte Abschrift.

Hamburg, den 22. August 1949
G/P.

An das
Landgericht
Hamburg
Schwurgericht II.



(50) 92/48
14 Js. 39/47

In der Strafsache
gegen

S c h l o i c k a u. a -

wird die für den Angeklagten Z e r l i n g eingelegte Revision wie folgt begründet:

Es wird die Verletzung der §§ 223 a St.G.B. und die Anwendung des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 gerügt.

1.) Das Schwurgericht hat den § 223a St.G.B. angewandt, da es bei der Feststellung des Tatbestandes offenbar zu Ergebnissen gekommen ist, die nur durch Ausserachtlassung der allgemeinen Erfahrungsregeln und Denkgesetze möglich waren. Es hat festgestellt, dass Zerling den Zeugen Petersen mit Fusstritten behandelt hat. Diese Feststellung begründet sich allein auf die Bekundung des Zeugen Petersen, da Zerling zwar von vornherein offen die Schläge ins Gesicht zugegeben, die Fusstritte aber in aller Entschiedenheit abgestritten hat. Bei dieser Sachlage durfte das Schwurgericht den Schluss, die Aussage des Zeugen Petersen sei richtig, nicht ziehen. Wie die übrigen Zeugen bekundet haben, ist Petersen bei der Schlägerei schwer misshandelt worden. Er ist dort auch, wie die Zeugin Winter bekundet, zu Boden gefallen. Auch der Zeuge Thiesler hat bekundet, dass in dem Menschenknäuel schwer auf Petersen eingeschlagen sei. Selbst Schloicka hat das beobachten können. Es ist daher die Feststellung des Petersen, dass er stark benommen war, durchaus glaubwürdig und zutreffend. Wie hoch der Grad seiner Benommenheit war, geht daraus hervor, dass er den Angeklagten Zerling beim Zusammenstoss in der Wentorferstrasse gar nicht erkannt hat, sondern erst von Passanten auf die Person des Zerling hingewiesen ist. Wenn weiter hinzukommt, dass er selbst angibt, nach den Schlägen ins Gesicht zu Boden gestürzt zu sein, so ist nicht von der Hand zu weisen, dass er sich in diesem Augenblick schon in einem Zustand befand, der ihm eine klare Beobachtung der weiteren Vorgänge unmöglich machte. Es ist daher bei logischer Überlegung einleuchtend, dass dem Zeugen Petersen die einzelnen Vorgänge nicht mehr klar in Erinnerung stehen. Tatsächlich hat er Frellungen in den Steissbeingegend gehabt. Diese können aber ebensowohl vor dem Rathaus schon eingetreten sein, wie sie auch durch den Fall bei dem Zusammenstoss mit Zerling in der Wentorferstrasse entstanden sein können.

Nicht freigemacht hat sich offenbar aber das Schwurgericht von der Tatsache, dass Zerling vorbestraft ist, wenn es seine Glaubwürdigkeit prüft und untersucht, ob ihm die Tat zuzutrauen sei. Demgegenüber darf man nicht vergessen, dass z.Zt. der Tat Zerling lediglich mit DM 10.— Geldstrafe bestraft war. Auf der anderen Seite hat aber der Winter bekundet, dass Zerling wenige Augenblicke vorher von einem Angriff auf ihn abgelassen hat, als er sah, dass Winter erheblich verletzt war. Bei allem, was man zu Zerling sagen möchte, spricht gerade aus diesem Verhalten nicht der vom Schwurgericht angenommene rohe Charakter, sondern immerhin eine gewisse Ritterlichkeit. Es spräche gegen den hier gezeigten Charakterzug, wenn Zerling wirklich den Zeugen Petersen noch mit Fusstritten behandelte, als er bereits am Boden lag.

In der Abwägung dieser Sachumstände hat das Schwurgericht sich von Gedankengängen leiten lassen, die mit den allgemeinen Erfahrungssätzen nicht in Einklang zu bringen sind. Wäre es der allgemeinen Erfahrungslinie gemäß, so hätte es die Feststellung, dass Petersen von Zerling getreten worden, nicht treffen können und damit die Anwendbarkeit des §§ 223 a St.G.B. verneinen müssen.

2.) Zu Unteucht hat das Schwurgericht weiter die Anwendbarkeit des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 Artikel 2c bejaht. Richtig ist, dass die hier fragliche Tat aus politischen Beweggründen begangen worden ist. Es ist in der Rechtsprechung und im Schrifttum eine Meinung darüber, dass nicht jede aus politischen Gründen begangene Tat als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzusehen ist. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass diese Tat telbar im Rahmen der Ereignisse sich vollzog, die als Abschluss der "Kriegszeit" anzusehen war. In allen politischen Kreisen, nicht nur denen der NSDAP., schwangen noch die Erregungen der letzten Monate vor Mai 1933, denen alle politischen Parteien mehr oder weniger ihre Überzeugung den Rücken aufzwingen wollten. Es war derzeit noch keineswegs so, dass die NSDAP. oder ihre Mitglieder Sonderrechte genossen, unter deren Schutz sie Verbrechen begehen konnten. Die Tat des Zerling stellt sich vielmehr als eine spontane Einzeltat dar, die nur aus der Erregung der Tage im Frühjahr 1933 sich erklären lässt. Hier wurde nicht jemand wegen seiner politischen Überzeugung "verfolgt". Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Aufsatz von Prof. von Weber. "Das Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Rechtsprechung" in Heft 5/49 der Monatsschrift für Deutsches Recht. Unter das Kontrollratsgesetz fallen Straftaten, die im Sinne der NSDAP. darauf gerichtet waren, politisch anders Denkende wegen ihrer Ansicht zu verfolgen, d.h. systematisch und planmäßig, gegen sie vorzugehen. Dabei konnte der Einzelne durchaus als Einzelner handeln, wenn er sich nur darüber klar war, dass er im Rahmen eines allgemeinen Gedankens handelte. Dass dieses nicht der Fall war bei dem Angeklagten Zerling, ergibt sich aus der Situation. In jenem Zeitpunkt war von einer systematischen Verfolgung der politisch anders Denkenden im Sinne der NSDAP. noch nicht die Rede. Vielmehr spielte sich der politische Kampf derzeit noch auf der persönlichen Ebene ab. Gerade in dem kleinen Ort konnte man sich und wusste voneinander, dass man sich bei passender Gelegenheit wieder einmal messen würde. Dabei waren in allen Lägern gute und schlechte Kämpfer, die man kannte und die man sich bei passender Gelegenheit herausuchte. Die allgemeinen Machtverhältnisse waren derzeit noch relativ gleich. Anders lagen die Verhältnisse, als die politische Struktur des Reiches mehr und mehr von der NSDAP. verändert wurde und der Staat nur noch dazu benutzt wurde, die politischen Ziele dieser Partei zu verwirklichen. Damals setzten die Verfolgungen ein, in deren Rahmen die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden. Es besteht auch nach allem kein dahingehendes Verlangen der Allgemeinheit, diese Tat als Verbrechen gegen die Menschlichkeit abzuurteilen. Der ordentliche Rahmen und die geltenden Gesetze vermögen, soweit rechtlich möglich, die nötige Sühne zu schaffen.

13

2) Folgt man den oben dargelegten Ausführungen, so bleibt lediglich
eine strafbare Handlung nach §§ 223 St.G.B. Diese Tat ist aber nach
§§ 66, 67 St.G.B. verjährt. Die Verordnung zur Beseitigung national-
sozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege vom 23.5.1947 findet
auf keine Anwendung, da die erforderlichen Mindeststrafe nicht er-
reicht wird.

Der Rechtsanwalt.
F. Grabbe.

Beglaubigt
Grabbe